

# Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition:  
Berlin,  
Alte Jakobstraße Nr. 67.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweizer.

**Abonnements-Preis** für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12½ Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. Südd., fl. 1. österr. Währ.) pro Quartal.

**Bestellungen** werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. **Inserate** (in der Expedition anzugeben) werden pro dreizehnpaltene Zeit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

## Vortrag

### „Der Socialismus und das Privateigenthum am Grund und Boden.“

(Fortsetzung.)

Das Nächstliegende, wenn man überlegt, wie den im Privateigenthum am Grund und Boden liegenden Uebelständen beizukommen sei, ist wohl dies: daß man an eine Expropriation allen Grundes und Bodens zu Gunsten des Staates denkt. Man kann sagen: Aller Grund und Boden muß vom Staate übernommen werden und dieser verpachtet alsdann die einzelnen Grundstücke an die Privaten.

Es ist jedoch klar, daß bei dieser Einrichtung die Bodenrente nicht hinwegfallen würde. Nach wie vor würden die besseren Grundstücke eine höhere Rente abwerfen als die schlechteren; denn in Wahrheit wäre ja das bürgerliche Privateigenthum in seiner tieferen und inneren Bedeutung, als Privatbenutzung von Productionsmitteln, hier nicht aufgehoben, sondern nur in gemildeter Form vorhanden; und der Unterschied wäre nur dieser, daß die Rente nicht mehr in die Tasche Einzelner, sondern in die Kasse der Gesamtheit flöße. Dieser Unterschied ist allerdings von hoher Wichtigkeit und enthält zweifelsohne einen vergleichungsweise Vortheil; es könnte daher scheinen, als ob der gedachte Weg zum Ziele führen könne. Allein dem ist nicht so: nach wie vor würde der Preis der Lebensmittel und aller Bodenproducte durch diejenige Arbeit bestimmt werden, welche unter den ungünstigsten Verhältnissen (d. h. auf dem schlechtesten Boden) zur Anwendung käme. Auch würde das jetzige Verhältniß des Kapitals zur Arbeit jammert allen seinen Folgen nicht geändert werden, der jetzige Produktionszustand fortdauern. Die Rente aber, welche in die Staatskasse flöße, wäre nichts weiter, als eine einseitige Belastung und Besteuerung der Bodenproduction, während die industrielle Production und der Handel unbesteuert blieben. Auf diesem Wege also, obgleich derselbe erhebliche Vortheile bietet, könnten die im Privateigenthum am Grund und Boden überhaupt und die in der Bodenrente insbesondere liegenden Uebelstände nicht durchgreifend beseitigt werden.

Das Richtige ist, daß in dieser Sache, wie in in noch manchem anderen Punkte, eine durchgreifende Abhilfe erst dann möglich ist, wenn Gesellschaft und Staat überhaupt nach unsern Grundsätzen eingerichtet sind.

Es ist richtig, daß der Grund und Boden expropriirt und der Gesamtheit übertragen werden muß; nicht jedoch so, daß der diese Gesamtheit vertretende Staat wie ein Privateigenthümer den neuerdings in einzelne selbstständige Grundstücke zerstückelten Boden an die Einzelnen verpachtet, welche ihn dann in Gemäßheit der jetzigen planlosen Produktionsweise, jeder für sich allein und mit allen andern concurrirend, bebauen; sondern so,

daß die künftige Gesellschaft, wie sie für die Industrie als eine einzige, wenn auch gegliederte Productivassociation erscheint, so auch auf dem Gebiete der Bodenproduction als Ganzes auftritt, indem sie ihren gesammten Boden einheitlich nach einem gewissen Plane für sich selbst, ihren Bedürfnissen gemäß, bearbeitet und bebaut.

M. S.! Bevor wir hierin weiterfahren, müssen wir den Blick auf eine Zwischenfrage richten, welche in hohem Grade hierhergehört und auch wirklich hierhergehört, wenn auch nicht in dem Maße, wie es den Anschein hat.

Die Gegner des Socialismus behaupten: Auf dem industriellen Gebiete, deren Lebenselement die Großproduction ist, läßt sich Eurer Organisation der Arbeit, obwohl in sich unhaltbar, doch zur Noth noch als durchführbar denken. Bei der Bodenproduction aber ist jene Organisation der Arbeit von vorn herein ein Unsinn; denn während dieselbe den Großbetrieb zur Voraussetzung hat, ist gerade in Betreff der Bebauung des Grund und Bodens erfahrungsmäßig, aus leicht erkennbaren Gründen, der Großbetrieb weniger empfehlenswerth als der Kleinbetrieb.

Wir haben uns dieser Anschauung gegenüber zunächst klar zu machen, was von der Streitfrage über Groß- und Kleinbetrieb bei der Bodenproduction zu halten ist.

(Fortsetzung folgt.)

## Politischer Theil.

### Rundschau.

Berlin, 28. Juli.

Ein Wiener Correspondent der „France“ stellt über Deutschlands Zukunft folgende finsternen Betrachtungen an: „Ich habe Ihnen schon einmal mitgeteilt und ich wiederhole es jetzt absichtlich, daß die Mehrzahl der Mitglieder des gegenwärtigen (österreichischen) Ministeriums sich, was die politischen Prinzipien betrifft, merklich auf die Seite Preußens neigt. . . . Diese (österreichisch-preussische) Alliance wurde durch den Ehrgeiz Preußens gebrochen; das Duell zwischen den beiden deutschen Großmächten geht zu Ende, und die Feudalpartei wird sich, in Wien wie in Berlin, alle erdenkliche Mühe geben, das Einverständnis, das vor dem Kriege bestand, wieder herzustellen. Graf Bismarck hatte ja und hat noch kein anderes Ziel, als Deutschland vor den Gefahren einer demokratischen Vereinheitlichung zu bewahren und einer Bewegung dieser Art die Kraft eines vergrößerten Preußens entgegenzusetzen; es ist leicht begreiflich, daß in dieser Beziehung die vollständigste Solidarität unter allen Feudalen Europa's besteht.“ Wenn dies richtig ist, was wäre die Nutzenanwendung für uns? Daß wir um so mehr hinter der preussischen Re-

gierung her sein müßten, um aus der Sachlage zu machen, was überhaupt daraus zu machen ist. Die preussische Fortschrittspartei unterdessen spricht wieder nur von ihren „Siegen.“ „Wir verlangten die Losreißung Schleswig-Holsteins von Dänemark, und Hr. v. Bismarck mußte unser Programm ausführen“, sagt ein guter Fortschrittmann. „Wir vernichteten die unnatürliche Alliance Preußens mit Oesterreich, und Hr. v. Bismarck sah sich genöthigt, mit Oesterreich zu brechen“, sagt ein gläubiger Fortschrittmann. „Wir erlaubten eine heilsame Entwicklung der deutschen Frage nur in der Berufung eines deutschen Parlaments auf Grund der deutschen Reichsverfassung des Jahres 1849“ und — „kann man nur entfernt daran denken, daß dieses Ministerium königliche Rechte dem Parlamentarismus preisgeben und ohne feste und zuverlässige Garantien auf das allgemeine Wahlrecht bauen werde?“ sagt die schöne „Kreuzzeitung“ dazu. Mittlerweile sind die „uneigennütigen“ Bemühungen des Friedensstifters an der Seine nach Ablauf der fünfzigigen Waffenruhe durch einen Waffenstillstand und Unterzeichnung der Friedenspräliminarien gekrönt. Vorgestern Mittag wurden im Schlosse zu Nikolsburg die Friedenspräliminarien unterzeichnet, sowie die Waffenstillstandsbedingungen festgesetzt. Als Bevollmächtigte fungirten preussischerseits Graf v. Bismarck und General v. Moltke, österreichischerseits Graf Karolyni und General Graf v. Degenfeldt und italienischerseits Graf Barral. Ueber die Einzelheiten der Friedenspräliminarien erfährt die „Berl. Börs.-Ztg.“ Folgendes:

Oesterreich scheidet definitiv aus dem Bund und heißt im Voraus alle diejenigen Arrangements gut, welche von Preußen innerhalb des neu zu konstituierenden Bundes getroffen werden sollten, sowie es auch schon seinerseits die Territorial-Veränderungen in Deutschland genehmigt, die in dem gegenwärtigen Vertrage festgesetzt werden. Die Herzogthümer Schleswig und Holstein werden definitiv an Preußen anaectirt. Ebenso fällt das gesammte Kurfürstenthum Hessen an Preußen, desgleichen derjenige Theil von Hannover, welcher südlich vom Herzogthum Braunschweig liegt, und von dem nördlich gelegenen Theile noch so viel, daß Hameln und Hildesheim noch innerhalb des abzutretenden Theiles zu liegen kommen. Auch die Erbansprüche Hannovers auf das Herzogthum Braunschweig gehen vollständig auf Preußen über. In Beziehung auf den Anfall von Ostfriesland an Preußen vermochten wir Bestimmtes nicht in Erfahrung zu bringen. Auch derjenige nördliche Theil von Nassau, welcher sich als Keil in das Großherzogthum Hessen und die Provinz Westphalen hineinreckt, mit den Städten Dillenburg, Herborn und Haiger fällt an Preußen. Das Königreich Sachsen wird in voller Integrität dem bisherigen Könige juristricirter und entschädigt Preußen nur durch Geld. Ueber die Summe selber verläutet noch nichts, doch sind, wie uns hinzugesagt wird, die ganzen betreffenden Abkommen von den österreichischen Unterhändlern ausdrücklich bereits im Auftrage des Königs von Sachsen mit vereinbart worden. Die vollen Kriegskosten werden von Oesterreich getragen und es bleiben bis zum definitiven Frieden und bis zur Bezahlung der Kosten das Königreich Böhmen und die Mark-

graffhaft Mähren von preussischen Truppen besetzt. Es zieht sich die preussische Armee aus ihren gegenwärtigen Positionen nach Böhmen und Mähren zurück.

Diese Mittheilungen werden jedoch nur mit der nöthigen Vorsicht aufzunehmen sein. Die vertriebenen Fürsten von Sachsen, Hannover und Hessen-Darmstadt befinden sich am Wiener Hofe, um für sich zu retten, „was zu retten ist.“ Vor Allem wird man österreichischerseits bemüht sein, Sachsen, als einen Pfahl im Fleische Preussens, in seiner Integrität zu bewahren, und wie es nach den Nachrichten der „Berl. Börs.-Ztg.“ scheint, mit Erfolg. Als Bedingung des Waffenstillstandes ist die Fortdauer der Besetzung Böhmens, Mährens und anderer österreichischer Landestheile, die gegenwärtig in preussischem Besitze sind, durch die preussische Armee telegraphisch gemeldet. Der Waffenstillstand selbst soll auf unbestimmte Zeit bis zur Aufklärung von der einen oder der andern Seite gelten. Die auf unbestimmte Zeit erfolgte Verschiebung des Eröffnungs-Termines des preussischen Landtages (i. Berlin), weil der König von Preußen denselben in Person eröffnen will, läßt darauf schließen, daß man auf baldigen Abschluß des Friedens hofft. — Die preussische Bevölkerung und insbesondere das Berliner Publikum hat die von Preußen eingegangenen Friedensbedingungen ziemlich kalt aufgenommen, um so kälter, als man sich vorher warm für die preussischen Siege begeistert hatte. Die Durchführung der Maingrenze für ein zweigetheiltes Deutschland mit Ausschluß der deutschen Bevölkerung Österreichs will den Deutschen einmal nicht in den Kopf und es wird dem natürlichen Verstande schwer, sich auch nur in den Gedanken hineinzuversetzen. — Während trüft man in den preussischen Bundesstaaten Vorkehrungen für die deutschen Parlamentswahlen, und die Regierungen berufen ihre Landtage, um denselben das mit Preußen geschlossene Bündniß betreffs des militärischen Anschlusses sowie Annahme des Parlamentsprojects vorzulegen. Abgesehen von der gegenwärtig unter preussischer Verwaltung stehenden norddeutschen Staaten ist die Aufforderung zur Vorbereitung der Wahlen zum Parlament an folgende Staaten ergangen, an Sachsen-Altenburg, Sachsen-Koburg, Sachsen-Weimar, Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß jüngere Linie, Waldeck, Lippe-Deimold, Schaumburg-Lippe, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Anhalt, Oldenburg, Braunschweig, Hamburg, Bremen, Lübeck. Dem preussischen Landtage soll ein Wahlgesetz für das deutsche Parlament auf Grund des Reichswahlgesetzes vom 12. April 1849 vorgelegt werden. In den Wahlbezirken wird auf je 100,000 Seelen ein Abgeordneter gewählt, Ueberschüsse von wenigstens 50,000 Seelen bilden einen besonderen Wahlbezirk. Geringere Ueberschüsse werden unter andere Wahlkreise vertheilt. Bei 19,255,139 Einwohnern, die nach der letzten Volkszählung auf den preussischen Staat fallen, sind in diesem mit Einschluß der Provinzen und Posen 193 Abgeordnete zu wählen.

Der Gemeindevorstand von Wien hatte dem Kaiser eine Adresse überreicht, in welcher er, soweit sich das mit der Ehre des Kaiserreiches verträge, um Abschluß eines ehrenvollen Friedens, sowie um Rechnungstragung der Wünsche des Landes durch Berufung der Volksvertretungen gebeten hätte. Der Kaiser hat dem Wiener Gemeinderath darauf erwidert:

Ich anerkenne den Ausdruck der Loyalität, nur mögen den Worten auch die Thaten entsprechen; Ich will unter den gegenwärtigen Verhältnissen absehen, daß die Ueberreichung dieser Adresse nicht in den Wirkungskreis des Gemeinderathes gehört. Ich sehe dieselbe nur an, als die Aeußerung der einzelnen Mitglieder des Gemeinderathes. Ich selbst hege den wärmsten Wunsch, daß die konstitutionelle Thätigkeit baldigst wieder ins Leben trete; hierbei können aber nicht die Wünsche der Stadt Wien allein, sondern nur die Bedürfnisse des ganzen Reiches in Betracht gezogen werden.

„Unverbesserlich!“ bemerkt dazu die „Rheinische Ztg.“ Uns heimeln die Worte so an, als hätten wir dasselbe Glockengeläute auch schon anderswo gehört. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bricht dabei indess in die gegenwärtigen Worte aus: „Diese, eben unter den gegenwärtigen Verhältnissen mehr als unkluge Antwort schlägt dem immer mächtiger wer-

denden Ausdrucke des öffentlichen Bewußtseins geradezu ins Gesicht und erregt allgemein Bedauern und Unwillen, da selbst die Optimisten nicht mehr zweifeln, daß von „Oben“ für eine neue und segensbringende Aera Nichts zu erwarten sei, wenn nicht die existenz Rothwendigkeit hierzu zwingt.“ \*) Diese Worte heimeln uns ebenfalls an. Es kann sich in der Welt noch Manches ereignen, wobei wir Gelegenheit finden könnten, der „Nordd. Allg. Ztg.“ diese Worte ins Gedächtniß zu rufen. — Auch die Wiener „Presse“ drängte, indem sie die Tapfern der eisernen Brigade der Journalisten, welche den Krieg noch fortzusetzen verlangt, bitter verhöhnt, auf das Eindringlichste zum Frieden, nachdem die Waffenehre Oesterreichs bei Custozza und Lissa und glücklicher Weise nun auch bei Blumenau (!) gerettet sei. Zugleich drängt auch sie auf schleunigste Berufung der Abgeordneten sämtlicher Königreiche und Länder diesseits der Leitha zu einem Reichstage ad hoc, und zwar ohne den Friedensschluß, der sich in die Länge ziehen könne, erst abzuwarten. Die Berufung des Reichstages sei um so erforderlicher, als die Abtretung Venetiens an eine freundschaftliche Macht der Bestätigung des Reichstages bedürfe. Daneben veröffentlicht die „Wiener Ztg.“ eine Bekanntmachung, welche für Nieder-Oesterreich die Befehle zum Schutze der persönlichen Freiheit und der Wohnung zur Sicherheit der Armen und Aufrechterhaltung der Ruhe und öffentlichen Ordnung aufhebt. Diese Maßregel wird gerechtfertigt durch die Vereinigung der zahlreichen fremden Elemente, die sich jetzt in Nieder-Oesterreich befinden; nicht sei sie veranlaßt durch Bevölkerung und der Stadt Wien, welche einen patriotischen Geist und Treue an das Kaiserhaus zeigen. Außerdem ist die österreichische Regierung durch die traurige Erfahrung, welche sie in der Pflege ihrer Bewunderer gemacht, endlich eines Besseren belehrt worden und hat durch ihre Gesandtschaft in Wien dem Bundesrath den Beitritt Oesterreichs zu dem internationalen Sanitäts-Vertrag anzeigen lassen.

Aus Frankfurt a. M. wird der „Rdn. Ztg.“ geschrieben:

In der Angelegenheit der Kriegs-Contribution von 25 Millionen ist heute Vormittag die von dem gesetzgebenden Körper gewählte Deputation in das Hauptquartier des Königs abgereist. Den betreffenden Herren Dr. Schmidt-Holzmann, Dr. Sarrentzapp und A. Schorff hat sich Herr Mayer Karl v. Rothschilde, wie es heißt, freiwillig angeschlossen. Ein Exposé der Deputation soll authentisch nachweisen, daß Frankfurt mit der Zahlung jener Summe auf lange Zeit — Manche sagen, auf 100 Jahre! — ruiniert sein würde. Der Abreise der Deputation wurde nicht das geringste Hinderniß gemacht, wonach also die Angabe, daß sie derselben nicht gestattet worden sei, sich als irrig erweist. Die gestern angeführte erste Executivmaßregel hatte einen wahrhaft panischen Schrecken im Gefolge, da man sich einbildete, die zugetheilte Einquartierung habe den Zweck persönlicher Vergeltung der Betroffenen, während sich die musterhafte Mannszucht der Truppen gerade hierbei wieder auf's rühmlichste bewährt. Auch mildert sich die Last dieser Maßregel in praxi dadurch, daß bei beschränkten Wohnungen Nachbarn einen Theil der Einquartierung abnehmen. In Betreff der Kriegs-Contribution bemerken wir noch, daß es für wahrscheinlich gilt, man werde die ersten 6 Millionen von den neuen 25 Millionen in Abzug bringen. (Das ist seitdem geschehen, indem die Nichteinrechnung der ersten 6 Millionen für ein Mißverständnis erklärt ist.) Es hat schwerlich einen günstigen Eindruck gemacht, daß der Senat sich, wie es heißt, mit Bittgesuchen nach Paris und London gewendet hat. Die hiesige Polizei-Verwaltung hat Senator Dr. Jäger übernommen, der sie schon früher ein Jahr lang geführt hat. Gestern und heute ist, wohl wegen Herrn Fellner's Tod, das Theater geschlossen.

Hr. Fellner ist, wohl weil man Rubestörungen befürchtete, in aller Stille zu nächtllicher Zeit bestattet worden. — Die oben bezeichnete Deputation hat sich zuvörderst nach Berlin gewendet. Sie soll im Laufe des Donnerstags Unterredungen mit den Ministern v. d. Heydt, Graf Culenburg u. s. w. gehabt haben.

Die süddeutschen Bundesgenossen überläßt Oesterreich hochberzig ihrem Schicksal. Das 7. und 8.

\*) Die „A. Ztg.“ meldet: „Der Gemeinderath hat in Folge der Adresse an den Kaiser und der Antwort darauf beschlossen, nach Beilegung der nächsten Gefahr das Mandat niederzulegen.“

Bundes-Armee-Korps ist von den österreichisch-preussischen Friedens- und Waffenstillstandsbedingungen in keiner Weise berührt. Der Krieg dauert mit jenen also fort, da die Bemühungen des bayerischen Ministers Herr v. d. Pforten im Abschluß eines Waffenstillstandes im Hauptquartier des Königs erfolglos geblieben sind. Dort soll Preußen die Einverleibung Frankfurts und der Provinz Oberhessen vom Großherzogthum Hessen, wie der alten preussischen Erblande Ansbach und Bayreuth in sehr bestimmte Aussicht genommen haben. Mittlerweile lassen ernsthaftige Gesuche mit der Bundesarmee auf energische Fortführung des Krieges in Süddeutschland schließen. Ueber das Gefecht bei Tauber-Bischofsheim am 24. v. M. hat die „Nat.-Ztg.“ folgende Privatmittheilung erhalten:

Dasselbe dauerte von Nachmittags 2 bis Abends 7 Uhr. Die Preußen begannen den Angriff auf dem linken Tauberufer, das rechte wurde von den Württembergern gehalten. Es entwickelte sich ein äußerst lebhaftes Gewehrfeuer und eine heftige Kanonade; es mögen etwa 300 Kanonenschüsse abgegeben worden sein. In Tauber-Bischofsheim wurden zwei Häuser in Brand geschossen, mehrere andere beschädigt. Am folgenden Morgen (Mittwoch) wurde die Post von den Preußen demolirt. Die Bundestruppen haben die Straße nach Würzburg eingeschlagen; die Preußen, welche in der Nacht Verstärkung erhielten, rücken ihnen nach.

Ferner ist aus München über Paris nachstehende Depesche vom 26. Juli eingegangen:

Neues Gefecht am heutigen Tage zwischen Koblbrunn und Waldbüttelbrunn bei Würzburg. Die Bayern haben sich glänzend geschlagen. Es ist aber zu einem definitiven Resultat nicht gekommen. Bayerischerseits sind schwere Verluste, vor Allem an Offizieren, zu beklagen. Das bayerische Hauptquartier befindet sich in Rottendorf.

Dann aus Würzburg von demselben Tage: Das bayerische Hauptquartier ist in Rottendorf, 1/4 Meile jenseits unserer Stadt. Gestern und heute Gefechte der Bayern und Preußen in unserer nächsten Nähe bei Lettingen und Helmstadt auf der Straße nach Würzburg, resp. zwischen Koblbrunn und Waldbüttelbrunn zwischen Tauber und Main. Die Bayern haben sehr große Verluste an Offizieren erlitten.

Im Zusammenhang mit diesem Vorgehen in Süddeutschland steht wohl der Einarich der Preußen in Oberfranken. Der Stadt Hof sind dort von den Preußen 66,000 Gulden Contribution und starke Lieferungen auferlegt worden. Dafür hat der König von Bayern aus Wiedervergeltung, und um seine Soldaten zu tapferem Widerstande anzufeuern, auch für solche tapferen Kriegsthaten, denen es an der einen oder der anderen statutenmäßigen Vorbedingung zur Verleihung des Militär-Max-Josephordens gebricht, noch einen zweiten Militair-Verdienstorden gestiftet. — Der prov. Ausschuß der „deutschen Volkspartei“ (Theil der süddeutschen Demokratie) hat als Antwort auf den Ausruf v. Bennigsen und Genossen, der zum Anschluß an Preußen auffordert, eine Proclamation erlassen, in welcher es u. A. heißt:

Wir fordern unsere Gesinnungsgenossen, das ganze bundestrene Volk auf, mit aller Energie der feigen oder über perfiden Agitation um einen faulen Frieden zu steuern und die Volksbewaffnung im ausgedehntesten Maße zu betreiben. Ein „ehrenvoller Friede“ ist eine gleichniserische Parole unserer Gegner; er bedeutet bedingungslose Unterwerfung unter Preußen; das Lösungswort, an dem wir uns erkennen wollen, sei der eheliche Krieg als der sichere Weg zu einem dauernden Frieden und einer zukünftigen freiheitlichen Entwicklung im Innern. Ein jeder anderer Friede, uns heute aufzuzwingen, wäre für Deutschland eine Schmach, für uns ein Waffenstillstand. Die Fahne, zu der wir stehen, würde für Tage zusammengerollt, aber nicht übergeben. Die Freiheit blüht nach vorwärts; schon darin liegt die Bürgschaft des ewigen Sieges. Daher Muth, deutsches Volk, Vertrauen zu dir selbst! Nimm dein Geschick in deine eigene Hand und lerne vom Gegner nur eines, den Werth der That! Der provisorische Ausschuß der deutschen Volkspartei: Kolb, Ködel, Stuttgart, 21. Juli 1866.“

Die neuesten amtlichen Nachrichten vom Kriegsschauplatz lauten:

Berlin, 28. Juli. Nach einer Meldung aus dem preussischen Hauptquartier Ober-Alterheim (2 Meile Meilen südwestlich Würzburg) vom 26. Juli, haben am 25. heftige Gefechte der Division Goeben gegen das 8. Bundes-Corps bei Gerchsheim (auf der Straße von Tauber-Bischofsheim nach Würzburg), der Division Beyer gegen die Bayern bei Helmstadt (südlich der Straße von Wertheim nach Würzburg), ferner am 26. wieder erum